

Kindersegen macht Städten zu schaffen

In Zürich, Bern und Basel sind die Schülerzahlen so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr

Stefan Bühler

Es war in den meisten Blättern bloss eine kurze Meldung: Der Anteil der Familienhaushalte ist in Zürich seit 1990 um 3,4 Prozent gestiegen. Das ist schweizweit der grösste Zuwachs vor Bern und Lugano mit je 1,7 Prozent sowie Basel mit 1,3 Prozent. In den Agglomerationsgürteln der Städte sank der Anteil der Familienhaushalte in der gleichen Zeit um 4,7 Prozent. Das hat eine Erhebung des Bundesamts für Statistik ergeben, die soeben publiziert wurde.

Die trockenen Zahlen manifestieren sich in den Städten auf sehr lebendige Art und Weise: «Seit 2014 haben wir 43 neue Kindergartenklassen eröffnet», sagt Thomas Riedtmann, zuständig für die Schulraumplanung im Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt. Auch die Schülerzahlen erreichen Höchstwerte: 16 100 Kinder besuchen im neuen Schuljahr in Basel den obligatorischen Unterricht, so viele wie seit 2001 nicht mehr.

Noch stärker ist die Zunahme in den Städten Zürich und Bern. Das zeigen die Zahlen zur Einschulung von Erstklässlern und Kindergartlern. In Zürich sind letzten Montag rund 3500 Vier- und Fünfjährige in den Kindergarten eingetreten; seit Einführung des Kindergartenobligatoriums im Jahr 2009 waren es noch nie so viele. Insgesamt besuchen in Zürich dieses Jahr rund 31 000 Schülerinnen und Schüler die obligatorische Schule; sucht man nach entsprechend hohen Zahlen in der Vergangenheit, muss man bis ins Schuljahr 1978/79 zurück.

In der Stadt Bern ist es ebenfalls 40 Jahre her, seit man bei



Ein starker Jahrgang: Erstklässler warten an ihrem ersten Schultag auf die Klasseneinteilung. (Basel, 14. August 2017)

den Eintritten ins erste Schuljahr so hohe Zahlen registriert hat wie heuer, nämlich 1075 Kinder.

Milliarden-Investitionen

In allen drei Städten erwarten die zuständigen Stellen, dass der Trend anhält. Zürich rechnet in den kommenden vier Jahren mit einer Zunahme der Schülerzahl um 12 Prozent und bis 2024 um 24 Prozent. In Bern geht die langfristige Prognose bis zum Schuljahr 2031/32 von einem Zuwachs

um 28 Prozent aus; das sind 2700 Schulkinder mehr als heute. Und Basel erwartet eine Zunahme um 15 Prozent bis 2021.

Mehrere Gründe liegen der Entwicklung zugrunde. Der wichtigste ist die Wohnbautätigkeit, die in den Kernstädten seit einigen Jahren verstärkt vorangetrieben wird: Steigt die Bevölkerungszahl insgesamt, so steigt auch die Zahl der Kinder. Hinzu kommen die hohe Geburtenrate und die gemäss mehreren Umfra-

gen steigende Attraktivität der Städte als Wohnort für Familien, etwa dank den ausgebauten Kita- und Tagesschulangeboten.

«Es ist nicht nur so, dass Familien zuziehen», sagt Michael Haldemann, in Bern zuständig für die Schulraumplanung: «Es ziehen vor allem auch weniger Familien weg aus der Stadt.» So seien bis vor einigen Jahren von allen Kindern, die in der Stadt Bern zur Welt gekommen sind, lediglich 65 Prozent später auch in der

Stadt eingeschult worden, weil die Familie vorher aus Bern wegzog. «Heute liegt dieser Anteil bei 80 Prozent», so Haldemann. In Basel und Zürich lief die Entwicklung in die gleiche Richtung.

Der Kindersegen hat für die Städte freilich eine Kehrseite. Um den steigenden Bedarf an Schulräumen und Infrastruktur für die Tagesschulen decken zu können, müssen sie in den kommenden Jahren hunderte Millionen Franken investieren. In Zürich will die

Exekutive in den nächsten vier Jahren 290 Millionen Franken in neuen Schulraum investieren. Für spätere Vorhaben publiziert die Stadt noch keine Zahlen, angesichts der Prognose der Schülerzahlen dürfte der Investitionsbedarf bis 2024 aber weit über einer halben Milliarde liegen.

Unterricht in Provisorien

Auf rund eine halbe Milliarde Franken schätzt man auch in der Stadt Bern den Investitionsbedarf in die Schulinfrastrukturen; zurzeit listet das Hochbauamt im Internet sieben Projekte für den Aus- und Neubau von Schulen auf, weitere dürften folgen.

In Basel lancierte man schon 2011 eine «Schulraum-Offensive» im Umfang von 790 Millionen Franken. «Heute steht fest, dass das Geld nicht reicht», erklärt Thomas Riedtmann. 2011 sei man von stabilen Schülerzahlen ausgegangen, die starke Zunahme habe erst später eingesetzt. So plant Basel bis 2022 zwei neue Primarschulen für je etwa 35 Millionen Franken sowie ein Sekundarschulhaus für 65 Millionen.

Weil exakte Prognosen zu den Schülerzahlen schwierig sind und oftmals auch wegen Schulhausumbauten flexibel reagiert werden muss, behelfen sich die Städte vermehrt mit Modulbauten. Das sind provisorische, jedoch voll funktionstüchtige Schulgebäude, die sich dort einsetzen lassen, wo der Bedarf am grössten ist. Gerade hat Basel eine provisorische Primarschule in Betrieb genommen: Drei dreistöckige Modulbauten mit je zwölf Räumen plus einen Annexbau für die Tagesschule. Die Anlage wird von Basel nur gemietet. Vorerst einmal für die nächsten drei Jahre.

Classe politique



Guido Schommer Heinz Brand

Guido Schommer, Talent-scout, hat eine feine Nase. Er trieb 2003 als FDP-Generalsekretär das Projekt «Top Shot» voran, mit dem mutmasslich talentierte Jungfreisinnige bei den eidgenössischen Wahlen gefördert wurden. Zu der Truppe zählten nicht nur heute bekannte Grössen wie alt Nationalratspräsidentin Christa Markwalder oder Beinahe-FDP-Fraktionschef Christian Wasserfallen – sondern auch die heutigen Bundesratskandidaten Isabelle Moret und Pierre Maudet.

Heinz Brand, Sesselkleber, verlängert die Debatten. Die von ihm präsidierte Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat diese Woche davon abgesehen, künftig auf die oft sehr kurzen Sitzungen am Freitag der dritten Sessionswoche zu verzichten. Im Gegenteil: Die Kommission hat beschlossen, die Sitzung müsse mindestens bis 13.15 Uhr dauern – so bleibt dem Rat noch mehr Zeit, unnötige Gesetze und neue Subventionen zu beschliessen.

Taktische Manöver in der FDP-Fraktion

Die FDP-Spitze möchte dem Parlament bloss zwei Namen für die Bundesratswahl vorschlagen. Doch nun wird von verschiedenen Seiten ein Dreierticket gefordert.

Stefan Bühler, Daniel Friedli

Nächsten Freitag bestimmt die FDP ihr Ticket für die Bundesratswahl, und innerhalb wie ausserhalb der Partei wird in diesen Tagen der Ruf lauter, dass auf diesem Ticket drei Namen stehen sollen. «Persönlich würde ich es begrüssen, wenn die Auswahl grösser ist – wenn also ein Dreierticket kommt», sagt Balthasar Glättli, Fraktionschef der Grünen. Ähnlich äussern sich der neue Präsident der Grünliberalen, Jürg Grossen, und BDP-Chef Martin Landolt. Grossen sagte diese Woche der «Aargauer Zeitung», er würde gerne auch den Genfer Regierungsrat Pierre Maudet besser kennenlernen; dieser habe bisher einen guten Eindruck hinterlassen. Und Landolt meint, wenn die FDP alle drei Kandidaten aufs Ticket setze, könne die Bundesversammlung entscheiden, was ihr wichtiger sei: der Anspruch des Tessins, jener der Frauen oder die Wahl eines jungen Regierungsrates mit Exekutiverfahrung.

Der FDP-Rennleitung kommt dies nicht zupass. Es ist kein Geheimnis, dass sie in Ignazio Cassis ihren Favoriten hat und ihn am liebsten auf einem Zweierticket präsentieren würde. Doch aufgrund des Wahlkampfes sind nun auch in der FDP Stimmen zu hören, die lieber alle drei Kandidaten, also Cassis, Isabelle Moret



Drei wollen gewinnen: Isabelle Moret, Ignazio Cassis und Pierre Maudet. (Freiburg, 25. August 2017)

und Maudet, eine Runde weiter schicken möchten. Maudets Unterstützer sehen darin die einzige Chance, im Spiel zu bleiben; sie glauben nicht, dass die Fraktion es wagen wird, neben Cassis einen zweiten Mann zu nominieren und auf Moret zu verzichten.

Genau dieses Szenario aber befürchtet man wegen der anhaltend schlechten Presse für Moret im Lager der Waadtländerin. Aus ihrem Umfeld wünschen sich

deshalb mittlerweile auch einzelne ein Dreierticket.

Die Kandidaten selber lassen die Frage, wie das Ticket aussehen soll, offen. Als sie am Freitag beim Stopp ihrer Roadshow in Freiburg danach gefragt werden, überlassen sie die Antwort dem Präsidenten der Gruppe Latin der FDP-Fraktion, Nationalrat Olivier Feller. Und dieser demonstriert gekonnt, wie man mit vielen Worten möglichst wenig sagt. Noch

kaum thematisiert wurde, dass Cassis und Moret in dieser Frage gegenüber Maudet einen Vorteil haben: Als Nationalräte dürfen sie in der Fraktion selber mitbestimmen, wie das Ticket aussehen soll.

Aus Gründen der Gerechtigkeit kündigt Cassis nun an, er werde sich zumindest bei der ersten Abstimmung, jener über die Grösse des Tickets, enthalten. Dasselbe hat er auch Moret vorgeschlagen,

die darüber nun in den nächsten Tagen im Gespräch mit der Parteileitung entscheiden will. In der zweiten Runde, wenn es darum geht, die Kandidaten zu bestimmen, will Cassis jedoch mitstimmen. Die Statuten der Fraktion geben ihm das Recht dazu, so wie er später auch in der Vereinigten Bundesversammlung seine Stimme (für sich) abgeben darf. Der benachteiligte Maudet sagte dazu gestern nur: «Ich gehe davon aus, dass eine Wahl innerhalb der FDP-Fraktion mit Fairplay und in Eleganz vonstattengeht.»

Derweil gibt es auch Stimmen, die alle drei Kandidaten für so ungeeignet halten, dass sie zur Wahl eines Sprengkandidaten aufrufen: Die Tessiner Grünen jedenfalls haben ihre Fraktion am Samstag aufgefordert, zumindest im 1. Wahlgang für Laura Sadis zu stimmen. Ob die Fraktion darauf eingeht, bleibt abzuwarten. SP-Chef Christian Levrat sagte seinerseits dem «Blick», die Auswahl sei enttäuschend; die FDP präsentiere nur Lobbyisten oder Hardliner in Ausländerfragen. Und SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz hält fest, dass die FDP die Kür schnell auf die lateinische Schweiz eingeeignet hat. «Ich hätte erwartet, dass sie aus jeder Sprachregion einen Kandidaten portiert, so wie das die SVP gemacht hat.» Dann, so Amstutz, hätte es auch Platz für kompetente Politikerinnen wie Karin Keller-Sutter oder Gabi Huber gehabt. Dass die FDP zum Beispiel ohne Huber in diese Bundesratswahl gehe, «das kommt mir vor, wie wenn Argentinien ohne Messi an die Fussball-WM fahren würde».